



Chancen zur sozialen Teilhabe der Roma – eine Herausforderung in Deutschland und Europa

Positionspapier der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz

I. Die öffentliche Debatte

Seit etlichen Jahren sorgen Probleme um die Migration von Roma-Gruppen¹, vor allem aus Südosteuropa, für mediale Aufmerksamkeit. Besonders groß ist die Aufmerksamkeit, wenn beispielsweise in Italien oder Frankreich Behörden die Ausreise von Roma zu erzwingen versuchen, die sich in Elendsvierteln oder Zeltlagern am Rande der großen Städte niedergelassen haben. Auch in Deutschland wird spätestens seit dem vergangenen Jahr die Diskussion um eine stark gestiegene Zuwanderung aus Südosteuropa, darunter viele Roma, mit wachsender Intensität und unter großer Anteilnahme der Medien geführt. Diese berichten über problematische oder für alle Beteiligten unzumutbare Zustände an Brennpunkten, greifen aber auch die Not der Betroffenen auf oder berichten über gelingende Projekte und gut in die Gesellschaft integrierte und erfolgreiche Zuwanderer aus Südosteuropa. Auch viele Institutionen (beispielsweise der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration oder das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung [IAB]) bringen wissenschaftlichen Sachverstand und Nüchternheit in die Debatte ein. Es gibt jedoch auch andere Stimmen, die den Blick einseitig auf die Probleme richten, unseriöse Lösungsvorschläge (etwa weitgehende Einschränkungen in der Freizügigkeit oder gar Ausweisungen von EU-Bürgern aus wirtschaftlichen Gründen) unterbreiten oder sogar, wenngleich bisher vereinzelt, verdeckten oder offenen Rassismus zutage treten lassen. Wir Bischöfe wollen zu einer sachlichen Diskussion beitragen, indem wir die ohne Zweifel vorhandenen Probleme ebenso benennen und ernst nehmen wie die Nöte der Migrantinnen

¹ „Roma“ ist der international gebräuchliche und akzeptierte Oberbegriff für viele Gruppen, die in fast allen Ländern Europas leben. Er wird nach längeren internen Debatten von den meisten auch als Eigenbezeichnung genutzt. Als „Sinti“ bezeichnen sich diejenigen, die schon seit dem 15. Jahrhundert in Deutschland ansässig sind. Andere sind im 19. Jahrhundert zugewandert, sie verstehen sich nicht als Sinti, sondern als deutsche Roma. Beide Begriffe stehen in Abgrenzung zum häufig abwertend gebrauchten und von den meisten auch als abwertend empfundenen Begriff der „Zigeuner“, der heute nicht mehr angemessen erscheint. Die katholische Kirche trägt dem Rechnung, indem sie vor einigen Jahren die „Zigeunerseelsorge“ in „Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen“ umbenannt hat.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

und Migranten: Alarmismus ist ebenso fehl am Platz wie Beschwichtigung. Die hier vorgestellten Überlegungen sollen ein Beitrag sein, einen konstruktiven Dialog über die Situation von Roma in Deutschland und Europa anzustoßen.

II. Sinti und Roma in Deutschland

Bei einer Analyse der Sachlage muss zunächst differenziert werden, welche Personengruppen in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen oder indirekt von ihr betroffen sind.

Sinti und Roma gehören schon seit Jahrhunderten (je nach Gruppe seit dem 14. oder dem 19. Jahrhundert) zur Bevölkerung in Deutschland, sie sind wie die Friesen und Sorben als „nationale Minderheit“ anerkannt. Während des Nationalsozialismus wurden die Sinti und Roma wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert, verfolgt und ermordet. Etwa 500.000 von ihnen fielen dem Völkermord in Deutschland und in anderen europäischen Staaten zum Opfer, dessen Aufarbeitung bis heute nicht abgeschlossen ist. Sinti und Roma wurde ihre deutsche Staatsangehörigkeit durch die Nationalsozialisten aberkannt, viele leben seither bewusst als Staatenlose. Andere haben sich entschieden, ihre deutsche Staatsangehörigkeit wieder aufzunehmen. Da die Zugehörigkeit zur Gruppe der Sinti und Roma in den Melderegistern nicht erfasst wird, kann ihre Zahl nur geschätzt werden. Etwa 70.000 – 100.000 Sinti und Roma sind diesen Schätzungen nach schon lange in Deutschland ansässig. Ihre soziale Situation ist sehr heterogen: Viele nehmen ohne Einschränkung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teil, ihr Lebensstil unterscheidet sich nicht oder kaum von dem der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Andere leben aus den verschiedensten Gründen schon lange in teilweise prekären Verhältnissen. Sie haben oft nur sehr schwache Verbindungen in die gesellschaftlichen und sozialen Strukturen hinein. Vor allem beim Schulbesuch und später bei der Integration in den Arbeitsmarkt gibt es in diesen Fällen Probleme. Vertreter deutscher Sinti-und-Roma-Verbände sind besorgt darüber, dass die neue heftige Diskussion über sogenanntes „sozial nicht angepasstes Verhalten“ von neu zugewanderten Roma alte, rassistisch aufgeladene Wahrnehmungen und Vorurteile befördert und eine neue Welle des sogenannten „Antiziganismus“ auslöst, der die Lebenssituation der betroffenen Menschen noch verschärft.

Eine zweite große Gruppe bilden die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die ebenfalls schon seit längerer Zeit und dauerhaft in Deutschland leben. Ein großer Teil von ihnen kam im Zuge der Anwerbung von Arbeitnehmern nach Deutschland. Sie wurden in erster Linie als Staatsangehörige Jugoslawiens wahrgenommen. Ihre Identität als Roma spielte hier kaum eine Rolle, nicht selten wird sie bis heute aus Angst vor Diskriminierung verschwiegen. Aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen auch einige Tausend Roma, die als Bürgerkriegsflüchtlinge während der gewaltsamen Auseinandersetzungen im auseinanderbrechenden Jugoslawien nach Deutschland geflohen waren, meist aus dem Kosovo. Obwohl sie teilweise schon sehr lange in Deutschland leben, haben die meisten dieser Bürgerkriegsflüchtlinge nur einen unsicheren Aufenthaltsstatus, die sogenannte „Duldung“. Öffentliche Aufmerksamkeit erfahren sie vor allem, wenn über die drohende

Abschiebung von Familien mit Kindern berichtet wird, die auch nach Erkenntnissen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) im heutigen Kosovo keine realistische Chance auf eine Zukunft haben. Die Kirchen setzen sich in der durch den Deutschen Caritasverband und die Diakonie getragenen „Aktion Bleiberecht“ seit langem dafür ein, dass ihnen eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive eröffnet wird.

Aus dem ehemaligen Jugoslawien, vor allem aus Serbien und Mazedonien, stammt eine weitere große Gruppe von Roma, die seit der Einführung der Visumsfreiheit 2009 meist im Herbst und Winter nach Deutschland kommen und Asylanträge stellen. Trotz einer starken Diskriminierung, die nach geltendem EU-Recht in ihrer Gesamtheit durchaus als Verfolgung asylrelevant sein kann, werden Roma aus diesen Staaten nur in wenigen Einzelfällen als schutzwürdig anerkannt. Fast alle Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien müssen Deutschland nach kurzer Zeit wieder verlassen. Während des zumeist schnell durchgeführten Asylverfahrens erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diskussionen um unwürdige Wohnbedingungen (umschrieben mit dem Schlagwort „Problemhäuser“) und ein Leben unterhalb des Existenzminimums finden daher mit Blick auf diese Gruppe kaum statt.

Eine vierte Gruppe steht derzeit im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: Es sind Roma, die aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland (oder in andere wohlhabende Staaten West- und Nordeuropas) kommen. Sie machen als Bürger der Europäischen Union von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch; seit Anfang dieses Jahres genießen sie die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Da die Behörden bei ihrer Datenerhebung wiederum ausschließlich die Staatsangehörigkeit erheben, kann der Anteil der Roma an den insgesamt nach Deutschland zuwandernden Rumänen und Bulgaren nur grob geschätzt werden. Ein Teil von ihnen lebt unter erbärmlichen und menschenunwürdigen Bedingungen in ohnehin benachteiligten Stadtteilen und Wohnvierteln. Dort entstehen dann die teils heftigen nachbarschaftlichen Konflikte, die für großes mediales Echo sorgen. Die Kommunen, die vor Ort mit den sozialen Problemen konfrontiert sind, fordern nachdrücklich die Unterstützung von Bund und Ländern ein. Politiker aller Ebenen äußern die Sorge, dass diese Situation sich nach dem Inkrafttreten der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit nunmehr kurz- und mittelfristig weiter zuspitzt.

III. Situation in Südosteuropa

Die je nach Angabe zwischen sieben und zwölf Millionen Roma bilden die größte transnationale Minderheit in Europa – mit einem deutlichen Schwerpunkt in Südosteuropa, vor allem in Rumänien und Bulgarien. So verschieden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die nach Deutschland zuwandernden Roma sind, so ähnlich ist bei fast allen die Motivation für die Migration: Es ist die – auch nach örtlichen Vergleichsmaßstäben – extreme Armut und die Diskriminierung in den Herkunftsländern. Bei vielen Roma verschärft sich ihre Situation durch die entsprechenden sozialen Folgeerscheinungen wie (chronische) Krankheiten, Behinderungen, Analphabetismus, Anfälligkeit für Praktiken des

Menschenhandels oder Kriminalität. Die auch vorhandenen positiven Ausnahmen prägen nicht das Gesamtbild.

Eine, wenn auch nicht die einzige Ursache für diese Probleme ist ein seit langer Zeit tief verwurzeltes Misstrauen und die starke Abgrenzung zwischen den Angehörigen der Mehrheitsbevölkerungen und den jeweiligen Roma-Minderheiten. Zwar leben die Roma seit Jahrhunderten in Europa; fast ebenso lange aber leiden sie bereits unter Benachteiligung, Diskriminierung und Verfolgung bis hin zum Völkermord. In Rumänien waren sie beispielsweise bis Mitte des 19. Jahrhunderts Sklaven. Bis heute sind die Roma nachweislich gesellschaftlich an den Rand gedrängt, vor allem was den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit betrifft. Schon ein kurzer Blick auf die Lebenssituation vieler Roma in Südosteuropa verdeutlicht die Schwierigkeiten: Es hat sich herausgestellt, dass die Integration vieler Roma in den Arbeitsmarkt der sozialistischen Staaten nicht ausreichend dazu beitragen konnte, auch die gesellschaftlichen Benachteiligungen zu überwinden. Nach dem Zusammenbruch vieler Staatsbetriebe waren die meist ungelernten Roma noch stärker als andere von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie konnten mangels wirtschaftlicher Möglichkeiten kaum an der Privatisierung von Wohnraum teilhaben oder vorhandenes Eigentum wegen fehlender Grundbucheintragungen nicht nachweisen. Ebenso wurden sie von der Landverteilung nach Auflösung der Kolchosen ausgeschlossen.

Die nach dem Ende des Sozialismus neu aufzubauenden Sozialsysteme in den Staaten Ost- und Südosteuropas waren völlig unzureichend ausgestaltet, um diese Situation aufzufangen. In der Folge bildeten sich dort am Rande vieler Städte irreguläre Siedlungen, die bis heute bestehen und fast ausschließlich von Roma bewohnt werden. Immobilienspekulanten, die auf gute Wohnlagen spekulieren, siedeln die Roma systematisch und unter Anwendung betrügerischer Mittel um. In den neuen und alten Siedlungen herrschen Zustände eines für uns unvorstellbaren Elends. Die Menschen kämpfen jeden Tag buchstäblich darum, satt zu werden. Auswege aus dieser Situation – etwa durch einen regelmäßigen Schulbesuch und den Erwerb beruflicher Qualifikationen – erscheinen kaum realistisch. Hinzu kommen Ausgrenzungen und Diskriminierung im Schulsystem, die ein Aufbrechen des Teufelskreises aus Bildungsarmut, Diskriminierung und materieller Armut nahezu unmöglich machen.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, hat erst jüngst die teilweise massiven Menschenrechtsverletzungen kritisiert, denen Roma „in fast allen Mitgliedsstaaten des Europarats“ ausgesetzt sind. Vor allem die Zunahme von aggressiven und rassistischen Äußerungen in politischen Auseinandersetzungen und die immer zahlreicher werdenden Gewalttaten seien besorgniserregend.

Über kulturelle Differenzen, die die Fremdheit zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung verstärken und so zur Ausgrenzung beitragen, wird viel und oft unsachlich diskutiert. Eine Dimension dieser Verschiedenheit, die möglicherweise zum besseren Verständnis der Situation beitragen kann, ist das Verständnis von „Heimat“ bei vielen Roma. Auch wenn das

„Fahren“ nicht (mehr) den Lebensstil prägt, so definieren sie „Heimat“ weniger als andere territorial oder national, sondern haben ihren emotionalen Bezugspunkt eher in ihrem (Groß-)Familienverband. Sie sind daher mental und auch praktisch sehr beweglich; mehr als für andere Gruppen ist eine Wanderung auch über nationale Grenzen hinweg eine naheliegende Option zur Verbesserung ihrer Lebensumstände.

IV. Situation in Deutschland und die Ursachen

Seit einigen Jahren findet Zuwanderung nach Deutschland vor allem aus den EU-Mitgliedsstaaten statt, vornehmlich aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Der größte Teil dieser Zuwanderer spielt in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Als drängendes Problem wird die Zuwanderung aus Südosteuropa, vor allem von Roma, hingegen dort wahrgenommen, wo das Bild von Brennpunkten geprägt ist. Dort treten teils gravierende Missstände geballt auf und es kommt zu einer großen Belastung nicht nur für die dort lebenden Menschen, sondern auch für die kommunalen Sozialsysteme. In heruntergekommenen Gebäudekomplexen, für die sonst keine Mieter zu finden sind, leben sehr arme Zuwanderer, fast ausschließlich Roma, in sehr großer Zahl unter unwürdigen Bedingungen. Oft werden nur mit Matratzenlagern „möblierte“ Zimmer an ganze Familien vermietet. Das führt zur massiven Überbelegung mit Menschen, die bereits in ihren Herkunftsstaaten in einer Problemspirale aus existenzbedrohender Armut, Ausgrenzung und Kriminalität gefangen waren. Die überaus prekären Bedingungen, unter denen die Menschen bisher gelebt haben, führen dazu, dass sie sich hier mit den Standards und Anforderungen kaum zurechtfinden können. Sie haben kaum Kenntnis von geordneten Verwaltungsverfahren, Systemen der Müllentsorgung, in extremen Fällen auch keine Vorstellung von hiesigen Hygienestandards und der Funktionsweise sanitärer Anlagen, sofern diese in den heruntergekommenen Immobilien überhaupt vorhanden sind. Durch diese Situation sind sie sehr verletztlich, sie werden oft Opfer von ausbeuterischen Mietverhältnissen, müssen ihre Arbeitskraft zu sittenwidrigen Löhnen anbieten oder werden in organisierte Bettelei gedrängt. Besonders besorgniserregend sind Berichte über den systematischen Einsatz strafunmündiger Kinder zu Diebstählen. Nicht selten stammen Ausbeuter und Drahtzieher der Kriminalität aus derselben Ethnie und nutzen die Unwissenheit und (vermeintliche) Abhängigkeit ihrer Leute skrupellos aus. Ein weiteres Problem stellt sich oft in den Schulen der betroffenen Stadtteile: Ohne zusätzliche Unterstützung und Fördermöglichkeiten haben sie große Schwierigkeiten, die immer wieder neu zuziehenden Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in den Unterricht zu integrieren.

Diese Gemengelage ist für alle Betroffenen bedrängend und teilweise unerträglich. Es darf aber nicht übersehen werden, dass sie sich auf wenige Ballungsräume konzentriert und zu Unrecht das Bild der Zuwanderung aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU bestimmt. Anders als einige Diskussionsbeiträge auch hochrangiger Vertreter von Politik und Verwaltung suggerieren, deuten bisherige Erkenntnisse darauf hin, dass auch Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien insgesamt zu den deutschen Sozialsystemen positiv beitragen. Auch wenn die Interpretation der entsprechenden Statistiken zwischen der deutschen Politik und der

Europäischen Kommission umstritten ist, ist festzuhalten, dass der weit überwiegende Teil der Zuwanderer aus Südosteuropa keine Sozialleistungen in Deutschland in Anspruch nimmt und die Sicherungssysteme derzeit eher entlastet als belastet. Eine Verengung des Blicks auf die zuwandernden Roma birgt die Gefahr, die zweifellos existierenden Problemfälle pauschal auf alle Angehörigen dieser Gruppe zu übertragen und negative Stereotypen zu befördern.

V. Mögliche Lösungsansätze

In den Überlegungen zum Umgang mit den beschriebenen Problemlagen muss zwischen einer schnellen Antwort auf akute Probleme in den sozialen Brennpunkten und Strategien zur langfristigen Integration auch dieser Gruppen sowie des Abbaus von Antiziganismus auch in Deutschland unterschieden werden. Weiter bedarf es einer langfristigen Strategie zur Verringerung des eklatanten Wohlstandsgefälles zwischen den Staaten der EU und innerhalb derselben.

Akute Probleme erfordern zielgerichtete Maßnahmen, um weitere Verschärfungen und eine Eskalation der nachbarschaftlichen Konflikte zu vermeiden. Es ist gut, dass viele Kommunen damit begonnen haben, konkrete Konzepte zu entwickeln, um die teilweise schwerwiegenden sozialen Probleme anzugehen. Sie erarbeiten sozialarbeiterische und pädagogische Konzepte in Stadtteilen, Kindertagesstätten und Schulen, zu denen auch Sprachkurse und „Lotsendienste“ zur Integration gehören. Einige Städte haben begonnen zu prüfen, wie die offensichtliche Ausbeutung durch Vermieter mit rechtlichen Maßnahmen verhindert werden kann. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus der Schutz der Roma (ebenso wie aller Zuwanderer) vor Diskriminierung, Ausbeutung am Arbeitsmarkt oder gar Zwangsprostitution. Zu den akuten Problemen gehört auch die Sorge vor organisierter Bettelei durch Abhängige oder einem Anstieg der Kriminalitätsrate, etwa durch Eigentumsdelikte im kleinen wie im großen Stil. Der Schutz der Roma ebenso wie der einheimischen Bevölkerung vor Kriminalität ist ein wichtiger Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens.

Die Kommunen dürfen nicht mit den negativen Begleiterscheinungen der politisch gewollten Freizügigkeit für Bürger der Europäischen Union allein gelassen werden. Sie bedürfen der gesamtstaatlichen Solidarität, die einen Ausgleich zwischen denen schafft, die von der Freizügigkeit profitieren und denen, die mit den Schwierigkeiten konfrontiert sind. Diese Solidarität muss sich auch in entsprechender finanzieller Beteiligung des Bundes und der Länder an den Maßnahmen vor Ort zeigen. Vor allem Städte, die viele soziale Herausforderungen zu bewältigen haben und deren Haushalte kaum Spielräume für zusätzliche Aktivitäten aufweisen, bedürfen der Unterstützung.

Von Armut und Ausweglosigkeit mit verursachte Migration wird auch innerhalb Europas auf absehbare Zeit ein signifikanter Teil der Migrationsbewegungen sein. Immer wieder wird gefordert, auf diese Migrationsbewegungen mit Einschränkungen der Freizügigkeit zu reagieren oder sie für einzelne Gruppen faktisch abzuschaffen. Jenseits der Frage, ob es möglich ist, die von Deutschland unterzeichneten und ratifizierten EU-Verträge entsprechend

abzuändern, sollten wir alle uns bewusst machen, dass diese Freizügigkeit ein Kernelement der europäischen Einigung ist. Sie darf nicht leichtfertig in Frage gestellt werden.

Viele Menschen in der EU sind von der Wirtschaftskrise betroffen. Roma als die vielfach schwächsten Glieder der Gesellschaften leiden besonders darunter. Dass ihre Integration in die örtlichen Gesellschaften jahrhundertlang nicht gewünscht war und oft aktiv verhindert wurde, prägt bis heute ihre Situation. Die negativen Auswirkungen lassen sich nicht innerhalb weniger Jahre beheben. Es bedarf in allen Staaten Europas langfristiger und differenzierter Lösungsansätze, bei deren Entwicklung auch Angehörige der jeweiligen Roma-Minderheiten über die bisher bestehenden Interessenvertretungsorganisationen hinaus beteiligt werden müssen. Die Maßnahmen müssen sowohl lokal wirksam als auch national und europäisch vernetzt sein. Angesichts der zunehmenden rassistisch motivierten Äußerungen und Übergriffe gegen Roma muss bei entsprechenden Programmen darauf geachtet werden, dass nicht spezifisch auf Roma ausgerichtete Initiativen neue Konflikte mit der oft ebenfalls armen Mehrheitsbevölkerung auslösen. Allgemeine Programme zur Armutsbekämpfung sollten so zugeschnitten sein, dass alle, die wie die Roma in einer besonders prekären Situation leben, profitieren können.

Die Aufgabe, die soziale Teilhabe der Roma zu ermöglichen, stellt sich in besonderer Weise den jeweiligen Herkunftsstaaten, aber auch allen Staaten Europas gemeinsam. Die Europäische Union hat diese Problemlage grundsätzlich erkannt und diesem Thema eine eigene „Dekade“ (2005–2015) gewidmet. Die ambitionierten Ziele dieser Programme sind jedoch offensichtlich bisher nicht erreicht worden; vor allem in den Staaten mit einem deutlichen Anteil von Roma an der Bevölkerung ist die Umsetzung unzureichend. Die EU hat darauf mit der Vorgabe an die Regierungen der Mitgliedsstaaten reagiert, konkrete Pläne zur Integration der Roma zu erstellen. Alle Vorgaben und Maßnahmen sollten künftig angesichts der bisher gemachten Erfahrungen regelmäßig evaluiert werden.

VI. Die Rolle der Kirche

Papst Franziskus erinnert in seiner *Botschaft zum Welttag des Migranten und Flüchtlings 2014* an die Enzyklika *Populorum progressio* (1976). Papst Paul VI. hatte darin die Grundbedürfnisse der Menschen benannt: „Freisein von Elend, Sicherung des Lebensunterhalts, Gesundheit, feste Beschäftigung, Schutz vor Situationen, die seine Würde als Mensch verletzen ... (Nr. 6).“ „Unser Herz“, so Papst Franziskus, „sehnt sich nach einem ‚Mehr‘, das nicht einfach ein Mehr an Wissen oder an Besitz ist, sondern vor allem bedeutet, mehr zu sein.“

Wenn diese Grundbedürfnisse in der eigenen Heimat kaum oder gar nicht erfüllt werden können, sind die Menschen schon immer zu neuen Ufern aufgebrochen, um dort eine bessere Zukunft zu suchen. Die Geschichten der Wanderungen in das „Gelobte Land“ durchziehen als Menschheitserfahrung auch die Bibel: von Abraham bis zur Wanderung des Volkes Israel durch die Wüste. Wenn wir in Deutschland über Migration diskutieren, sollten wir auch nicht

vergessen, dass Millionen von Deutschen auf der Suche nach neuen Lebenschancen nach Ost- und Südosteuropa und später nach Amerika und Australien ausgewandert sind.

Der Papst ruft uns in seiner Botschaft an die Migranten den Kern der Aufgabe jedes Christen ins Gedächtnis. Mit Blick auf die in der Gottebenbildlichkeit gegründete Würde jedes Menschen, die unabhängig ist von „Kriterien der Leistung, der Produktivität, des sozialen Stands, der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit“, mahnt er uns alle: „Es geht also darum, dass wir als Erste und dann mit unserer Hilfe auch die anderen im Migranten und im Flüchtling nicht nur ein Problem sehen, das bewältigt werden muss, sondern einen Bruder und eine Schwester, die aufgenommen, geachtet und geliebt werden müssen – eine Gelegenheit, welche die Vorsehung uns bietet, um zum Aufbau einer (...) brüderlicheren Welt (...) entsprechend dem Evangelium beizutragen.“ Papst Franziskus ruft uns alle auf, unsere Einstellung gegenüber Migranten und Flüchtlingen zu überdenken: Er wünscht sich einen „Übergang von einer Haltung der Verteidigung und der Angst, des Desinteresses oder der Ausgrenzung“ hin zu einer „Kultur der Begegnung“ und hebt den Wert der Vielfalt hervor, wenn Menschen verschiedener Herkunft zusammenkommen: „Wie schön sind die Städte, die das krankhafte Misstrauen überwinden, die anderen mit ihrer Verschiedenheit eingliedern und aus dieser Integration einen Entwicklungsfaktor machen.“

Die Kirche setzt sich dafür ein, dass auch die Armen an der Entwicklung und am Fortschritt teilhaben. Viele Migranten und viele Roma gehören zum „Volk der Armen“, das wir – mit den Worten des Apostolischen Schreibens *Gaudium Evangelii* – „nie allein lassen dürfen“ (Nr. 48). Auch für die Roma, die als Zuwanderer in Deutschland und Europa eine neue Heimat suchen, soll in Kirche und Gesellschaft das Wort des Apostels Paulus gelten: „Ihr seid jetzt nicht mehr Fremde ohne Bürgerrechte, sondern Mitbürger des Heiligen und Hausgenossen Gottes“ (*Eph 2, 19*).

Es ist dem Papst bewusst, dass er in seinen Botschaften und Schreiben weniger die Realität beschreibt, als vielmehr den Gegenentwurf einer besseren Welt zeichnet. Wir Bischöfe wissen uns verpflichtet, seine prophetischen Worte auch in konkretes Handeln zu übersetzen, wo uns dies möglich ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Zuwanderer, gleich welcher ethnischen oder nationalen Herkunft, in Deutschland freundlich aufgenommen werden und eine neue Heimat finden können. Soweit es in ihren Kräften steht, leistet die Kirche in Deutschland in ihren Pfarreien, Beratungsstellen und durch ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Integration.

Wie Papst Franziskus verkennen auch wir nicht, dass Migration neben Chancen für die Migranten und für die aufnehmende Gesellschaft auch mit Risiken und Schwierigkeiten für beide verbunden ist. Für die in den letzten Monaten heftig debattierten Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, in deren Zentrum vor allem die Roma standen, hat auch die Kirche keine fertigen Lösungen anzubieten. Wir stoßen hier mit unseren Mitteln und Methoden an Grenzen. Diese Grenzen zeigen sich nicht zuletzt darin, dass die Kirche

auch zu vielen katholischen Sinti und Roma nur sporadischen Kontakt hat. Das betrifft die Kontakte zu den jüngst zugewanderten Roma in noch größerem Ausmaß als zu den schon lange hier lebenden. Zwar hat die Deutsche Bischofskonferenz schon seit langem eine eigene Stelle für die „Katholische Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen“ eingerichtet, allerdings konnte nicht in jedem Bistum ein Seelsorger mit dieser Aufgabe betraut werden. Auch soll nicht verschwiegen werden, dass es in katholischen Gemeinden häufig ähnliche Ressentiments und Vorbehalte gibt wie in der Gesamtbevölkerung.

Die Kirche weiß sich herausgefordert, auf allen Ebenen zu einer Verbesserung der Lebenssituation von Roma beizutragen. Dazu gehört zunächst ein stärkeres Bemühen, in unseren Gemeinden mehr Sensibilität für die Nöte von Roma zu wecken und Ressentiments abzubauen. Auch unter denen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, herrscht zuweilen eine gewisse Ratlosigkeit darüber, wie eine effektive Hilfe aussehen kann. Es gilt also, diejenigen zu begleiten, die sich für Sinti und Roma einsetzen und sie fachlich fortzubilden. Es ist ermutigend, dass es immer wieder engagierte Gemeinschaften (beispielsweise Sant' Egidio) oder Einzelpersonen gibt, denen es gelingt, Trennendes zu überwinden und durch konkrete Unterstützungsangebote gelebte Solidarität zu zeigen. Möglichkeiten dazu bieten etwa das Angebot von Sprachkursen für Kinder und Erwachsene oder die Organisation von Hausaufgabenhilfe. So könnten Gemeinden, die Träger von Kindertagesstätten sind, Roma-Familien besonders ermutigen, ihre Kinder dort betreuen und fördern zu lassen.

Ehrenamtliche Hilfe kann indes nur ein Baustein sein und nicht alle Probleme lösen. Es wäre deshalb hilfreich, wenn sich die engagierten Gemeinden vernetzen und gegebenenfalls auch Unterstützung, etwa durch die Caritasverbände, erhielten. Die Caritas bringt ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die Suche nach Lösungen für die Probleme vor Ort ein und arbeitet an der Entwicklung neuer, besonders auf die Situation von zugewanderten Roma zugeschnittener Programme mit. Die Kirche in Deutschland unterstützt durch Renovabis – der „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ – auch die Arbeit lokaler Partner in den wichtigsten Herkunftsländern in Südosteuropa. Sie beteiligt sich zudem auf allen Ebenen an der politischen und gesellschaftlichen Debatte über die Zuwanderung und Integration der Roma.

Bei allen Diskussionen über Schwierigkeiten, Probleme und Herausforderungen sollte nicht vergessen werden: Diese sind nur ein Teil des Bildes. Es gibt viele Beispiele von Roma, die in unseren modernen Gesellschaften gut integriert und beruflich sehr erfolgreich sind. Auch bei neu zuwandernden Roma in Deutschland gibt es viele, die gesellschaftlichen Aufstieg suchen und für jede Unterstützung dankbar sind. Das sollte uns Ansporn sein, in dem Bemühen um die Integration von Roma nicht nachzulassen und unsere Anstrengungen zu intensivieren.